



Gemeinsam für den Frieden in der Ukraine und Europa – Ein Appell

16. September 2022

Wir verurteilen den wiederholten russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als eklatanten Bruch des Völkerrechts. Es ist ein Angriff auf unsere gemeinsame Friedensordnung und der brachiale Versuch, die diktatorische russische Herrschaft und ihren imperialen Einfluss zu erweitern.

Dieser Krieg richtet sich in erster Linie gegen die Ukraine als eigenständigen, demokratischen, fortschrittlichen und freien Staat. Er richtet sich gegen die souveräne und demokratische Entscheidung des Landes, Teil der Europäischen Union zu werden. Dieser Angriff zielt somit auch direkt gegen die Europäische Integration als epochalen Prozess, der Demokratie, Stabilität, Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent geschaffen hat.

Wir erleben eine russische konventionelle Kriegsführung, die derzeit unvergleichliches Leid und schlimmste Menschenrechtsverbrechen in der Ukraine zur Folge hat. Mittel der hybriden Kriegsführung, wie Propaganda um die hohen Nahrungsmittelpreise im Globalen Süden, Cyberattacken und die strategische Verknappung von Energie, richten sich auch gegen europäische Demokratien. Sie sollen den sozialen Frieden sprengen, unsere freien Gesellschaften spalten, unsere Gemeinschaft lösen und die internationale Solidarität in Frage stellen. Putin sucht eine instabile Welt, in der sich statt einer auf dem Völkerrecht basierenden Friedensordnung eine Konfliktordnung etabliert, in der mittels Aufrüstung und militärischer Stärke Interessen durchgesetzt werden. Eine solche Welt, in der das Recht des Stärkeren gelten soll, wollen wir nicht akzeptieren.

Der Bundesrepublik Deutschland kommt in dieser Zeit eine besondere Verantwortung für den Frieden in Europa zu. Als Land, das die schlimmsten Menschenrechtsverbrechen in Europa – insbesondere in Polen und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion – zu verantworten hat, sind wir im besonderen Maße der Wiederherstellung und Sicherung des Friedens verpflichtet. „Nie wieder“ als Appell unserer deutschen Geschichte verdeutlicht uns den Auftrag und die Pflicht, Kriege zu verhüten und Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden. Diesem Auftrag müssen wir in neuem Umfang entsprechen.

Die russische Invasion zwingt uns in eine veränderte politische Realität – wir leben in einer Zeitenwende. Der Bundestag hat sich mehrfach aus seiner breiten demokratischen Mitte heraus zur Solidarität und Verteidigung der Ukraine und der Europäischen Integration bekannt. Wir schützen unsere Gesellschaften vor den



unmittelbaren Folgen des Krieges und garantieren der Ukraine unsere politische, finanzielle, humanitäre und militärische Unterstützung. Wir haben klargestellt, dass wir einen russischen Diktatfrieden nicht akzeptieren werden und die Ukraine in ihrer europäischen Beitrittsaspiration weiter intensiv unterstützen.

Angesichts der unprovokierten und völkerrechtswidrigen russischen Invasion der Ukraine hat Deutschland in erheblichem Umfang Rüstungsgüter zur Verfügung gestellt. Das bleibt moralisch geboten, rechtens und richtig. Wir bewegen uns damit klar im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen, die derartige Hilfe ausdrücklich gewährt. Die militärische Unterstützung der Ukraine durch die fortwährende Lieferung von Waffen – gleich welcher Art und Umfang – macht aus völkerrechtlicher Sicht keinen der ukrainischen Alliierten zu einer Kriegspartei.

Deutschland hat bereits massiv zur Steigerung der ukrainischen Verteidigungsfähigkeiten beigetragen. Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern haben wir die Ukraine befähigt, den russischen Angriffen standzuhalten. Mit der Lieferung moderner westlicher Artilleriesysteme wie der Panzerhaubitze 2000, dem Flugabwehrpanzer Gepard oder dem MARS-Mehrfachraketenwerfer hat sich die militärische Situation der Ukraine positiv verändert und erlaubt den ukrainischen Streitkräften erste Befreiungsoffensiven der okkupierten Gebiete. Wenngleich wir rhetorischer Gegner des russischen Regimes und seiner Propaganda bleiben, konnte eine Ausweitung oder russische Eskalation als Folge unserer Unterstützung nicht beobachtet werden.

Trotz jüngster Erfolge der ukrainischen Streitkräfte bleibt die Situation dramatisch und noch immer werden ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten Opfer der russischen Invasion und noch immer sterben Soldatinnen und Soldaten auf beiden Seiten. Russische Vergeltungsschläge gegen zivile Infrastruktur und immer neue Leichenfunde von gefolterten und vergewaltigten Zivilist*innen prägen die gegenwärtige Wirklichkeit in den befreiten Gebieten. Die durch den Krieg verursachte dramatische humanitäre Situation wird sich angesichts des kommenden Winters weiter verschlechtern.

Russland ist zwar partiell in die Defensive geraten, lässt ein Abrücken vom Ziel der militärischen und politischen Unterwerfung der Ukraine aber bislang noch nicht erkennen. Das Kalkül des Kremls hat sich noch nicht grundlegend verändert und das Regime wettet gegen die Standhaftigkeit unserer Demokratien.

Wir bekräftigen die Position, dass die Bundesrepublik in Fragen der militärischen Unterstützung im Konzert mit unseren Partnern agieren sollte. Wir wollen unserer Friedensordnung Kraft verleihen und appellieren an die Bundesregierung und unsere Partner in der Europäischen Union und NATO, gemeinsam und im Verbund



die jeweiligen nationalen militärischen Fähigkeiten und Planungen zu evaluieren und gegebenenfalls zu restrukturieren, um der Ukraine qualitativ weitergehende Ausrüstungs- und Waffenlieferungen zur Befreiung der durch Russland völkerrechtswidrig besetzten Gebiet zu ermöglichen. Durch Pooling-Initiativen verschiedener gleichartiger Systeme könnten Synergien geschaffen werden, die der Ukraine mehr Schlagkraft für die Verteidigung ihrer Souveränität und territorialen Integrität verleihen. Deutschland besitzt die politischen, ökonomischen und militärischen Voraussetzungen, um im Kreise unserer Partner und Verbündeten gemeinsames abgestimmtes Handeln anzustoßen. Gehen wir gemeinsam voran!

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Deutschland war, ist und bleibt daher enger Verbündeter und starker Unterstützer der Ukraine und ihrer lebendigen demokratischen Zivilgesellschaft. Der Mut und die Tapferkeit ihrer Gesellschaft sind Beleg für den unbedingten Willen für demokratischen Fortschritt und die Europäische Integration. Wir verfolgen das Ziel, zentraler Partner in Fragen des Wiederaufbaus und der Europäischen Integration zu sein. Grundvoraussetzung dafür ist jedoch der vollständige Abzug russischer Truppen und die Wiederherstellung und Sicherung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine.

Dieser Appell wird unterstützt von:

Robin Wagener	Lisa Badum
Stephan Thomae	Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Sara Nanni	Gyde Jensen
Sebastian Schäfer	Janosch Dahmen
Marcus Faber	Niklas Wagener
Jamila Schäfer	Michael Sacher
Anton Hofreiter	Anne Monika Spallek
Philip Krämer	Ulrich Lechte
Alexander Müller	Karoline Otte
Chantal Kopf	Sven-Christian Kindler
Paula Piechotta	Felix Banaszak
Laura Kraft	Leon Eckert